

Texte 59/02

UMWELTFORSCHUNGSPLAN DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR UMWELT,
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Forschungsbericht 298 13 162
UBA-FB 000365

Praxistest zur Umsetzung des UN ECE-Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Zusammenhang (Deutschland-Polen)

Dipl.-Ing. Heiner Lambrecht

Planungsgruppe Ökologie + Umwelt GmbH, Hannover

In Zusammenarbeit mit:

Rechtsanwalt Rainer Kühne

Anwaltskanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll., Berlin

Unter Mitarbeit von:

Dipl.-Ing. Oliver Vieth

Planungsgruppe Ökologie + Umwelt GmbH, Hannover

Zusammenfassung

I. Zielsetzung und Aufbau des Forschungsvorhabens

Das Forschungsvorhaben "Praxistest zur Umsetzung des UN ECE-Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Zusammenhang" (FKZ 298 13 162) wurde von der PLANUNGSGRUPPE ÖKOLOGIE + UMWELT GmbH, Hannover, in Zusammenarbeit mit der Anwaltskanzlei GAßNER, GROTH, SIEDERER & COLL., Berlin, vom 01.01.1999 bis 31.07.2002 im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt. Das Forschungsvorhaben wurde im Zusammenhang mit der Umsetzung des UN ECE-Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung

(UVP) im grenzüberschreitenden Rahmen vom 25.02.1991 (sog. „**Espoo-Konvention**“) vom Umweltbundesamt, in Abstimmung mit der Deutsch-Polnischen Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitende UVP“, initiiert und begleitet.

Ziel des Forschungsvorhabens war es, **ein für die praktische Anwendung geeignetes Verfahren** für die gemäß Espoo-Konvention vorgesehene grenzüberschreitende Beteiligung zwischen **Deutschland und Polen**, im Folgenden **Verfahrenskonzeption** genannt, zu entwickeln und praktisch zu erproben.

Die Verfahrenskonzeption wurde in **drei deutschen Zulassungsverfahren** erprobt. Die Erprobung wurde wissenschaftlich begleitet und die Verfahrenskonzeption anhand der gewonnenen Erkenntnisse optimiert.

Die **Bearbeitung** des Forschungsvorhabens erfolgte in **drei Stufen**:

1. Entwicklung einer Verfahrenskonzeption
2. Praktische Erprobung der Verfahrenskonzeption
3. Optimierung der Verfahrenskonzeption.

Der **Forschungsbericht** besteht aus zwei Teilen:

Teil 1: Methodik und Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung des Praxistests.

Teil 2: Verfahrenskonzeption für die Durchführung der grenzüberschreitenden UVP für geplante Projekte mit Deutschland als Ursprungsland (optimierte Fassung, Entwurf vom 24. Januar 2002).

II. Verlauf des Forschungsvorhabens

II.1 Zulassungsverfahren (Trägerverfahren)

In den Praxistest wurden die Zulassungsverfahren zu den folgenden drei deutschen Projekten einbezogen:

– „**Oderdeichrekonstruktion Neuzeller Niederung**“:

Projektträger: Landesumweltamt Brandenburg - Abteilung Gewässerschutz und Wasserwirtschaft; Zulassungsbehörde: Landesumweltamt Brandenburg - Obere Wasserbehörde.

Die Planung beinhaltet vor allem die Sanierung des vorhandenen Oderdeichs.

– „**Neißewasserüberleitung**“:

Projektträger: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH [LMBV]; Zulassungsbehörde: Regierungspräsidium Dresden.

Das Projekt beinhaltet die Entnahme von ca. 30 Mio. m³ Wasser pro Jahr aus der Lausitzer Neiße über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren zur Beschleunigung der Flutung von Tagebaurestlöchern im Lausitzer

Braunkohlenrevier und zur Herstellung einer ausreichenden Wasserbeschaffenheit in diesen Seen.

– „**Flutung Tagebaurestloch Berzdorf**“:

Projektträger: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH [LMBV]; Zulassungsbehörde: Regierungspräsidium Dresden.

Das Projekt beinhaltet die Flutung des Restloches im ehemaligen Braunkohlentagebau Berzdorf (südlich der Stadt Görlitz) vor allem mit Wasser aus der Lausitzer Neiße über einen Zeitraum von voraussichtlich 5 Jahren.

Die für den Praxistest ausgewählten drei Projekte bedürfen jeweils eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens nach § 31 Abs. 2 WHG (Wasserhaushaltsgesetz). In diesem Verfahren ist als unselbstständiger Teil zugleich eine UVP durchzuführen. Die drei Projekte berühren zudem den deutsch-polnischen Grenzgewässervertrag.

II.2 Verfahrenskonzeption

Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurde zu drei Zeitpunkten eine Verfahrenskonzeption ausgearbeitet (Mai 1999, Dezember 2000, Januar 2002). Die Verfahrenskonzeption besteht aus folgenden Teilen:

- Verfahrensübersicht
- Ablauorientierte Beschreibung der Verfahrensschritte (Darstellung der wesentlichen Inhalte der einzelnen Verfahrensschritte mit Hinweisen zu den anzuwendenden Vorschriften)
- Ausführungshinweise für einzelne Verfahrensschritte
- Anlagen (insbes. Muster für Schriftstücke sowie Empfehlungen für die Durchführung einzelner Verfahrensschritte).
-

II.3 Praktische Erprobung der Verfahrenskonzeption

Die entwickelte Verfahrenskonzeption (Fassungen vom Mai 1999 und Dezember 2000) wurde in den drei ausgewählten Zulassungsverfahren erprobt.

– **Verlauf der grenzüberschreitenden UVP in den Verfahren**

Der Verlauf der grenzüberschreitenden UVP in den drei Verfahren wurde fortlaufend und systematisch bis zum Verfahrensstand Ende 2001 bzw. Anfang 2002 erfasst. Aufgrund des jeweiligen Verfahrens- und Planungsstandes, insbesondere Beginn und Abschluss der drei Zulassungsverfahren, konnte die Verfahrenskonzeption allerdings nicht über die Gesamtdauer der Verfahren erprobt werden.

– **Beratung der Verfahrensbeteiligten**

Die Verfahrensbeteiligten, insbesondere die Zulassungsbehörden und die Projektträger, wurden bei der Umsetzung der Verfahrenskonzeption bedarfsweise unterstützt. Darüber hinaus wurden z.B. auch Mitglieder der deutsch-polnischen Grenzgewässerkommission beraten. Für die Beratungen wurden z.T. gesonderte Dokumente erstellt und Gesprächstermine durchgeführt.

II.4 Wissenschaftliche Auswertung

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde der tatsächliche Verlauf der einzelnen Verfahren systematisch ausgewertet.

- **Umsetzung der Verfahrenskonzeption im Praxistest**

Die Umsetzung der Verfahrenskonzeption in den drei Zulassungsverfahren wurde anhand der von den Verfahrensbeteiligten zur Verfügung gestellten Dokumente, der Beobachtung von Terminen sowie der Befragung der Beteiligten ermittelt und dokumentiert. Umsetzung und Wirksamkeit der Verfahrensinhalte wurden für jeden Verfahrensschritt qualitativ beurteilt. Einzelne Verfahrensschritte wurden vertieft ausgewertet (z. B. die Umweltverträglichkeitsstudien). Die Verfahrensinhalte konnten - abgesehen von bestimmten Schwierigkeiten (vgl. Kap. 3.3) und einzelnen Defiziten in der Detailausführung - weitgehend bzw. in vielen Punkten vollständig und wirksam umgesetzt werden, so dass die entwickelte Verfahrenskonzeption insgesamt erfolgreich angewendet werden konnte.

- **Veranstaltungen**

Zur Auswertung der Erfahrungen mit der Umsetzung der Verfahrenskonzeption wurden u.a. mit Verfahrensbeteiligten sowie Mitgliedern bilateraler Gremien zwei Veranstaltungen, eine erste im Oktober 1999 in Potsdam und eine zweite im November 2001 in Görlitz durchgeführt. Die Ergebnisse der Diskussion wurden bei der Auswertung der Praxisbeispiele, der weiteren Durchführung der grenzüberschreitenden UVP und der Optimierung der Verfahrenskonzeption berücksichtigt.

III. Wesentliche Ergebnisse des Forschungsvorhabens

III.1 Abschließende Optimierung der Verfahrenskonzeption

Die Verfahrenskonzeption vom Dezember 2000 wurde zum Abschluss des Forschungsvorhabens, insbesondere auf der Grundlage der Ergebnisse des Praxistests und des geänderten deutschen und polnischen UVP-Rechts, optimiert (Teil 2 des Forschungsberichts).

III.2 Wesentliche Bestandteile der grenzüberschreitenden UVP

Als Ergebnis des Praxistests können verschiedene Verfahrenselemente und -inhalte als wesentliche Bestandteile der grenzüberschreitenden UVP definiert werden:

- Frühzeitige Benachrichtigung der polnischen Seite über ein UVP-pflichtiges Projekt
- Beteiligung der polnischen Seite am Scoping-Termin
- Erarbeitung einer UVP-Dokumentation mit den Angaben über die Umwelt-auswirkungen des Projekts, in dem die Sachverhalte von grenzüberschreitender Bedeutung eindeutig erkennbar sind und in gleicher Ausführlichkeit dargestellt werden wie die entsprechenden Sachverhalte, die das deutsche Gebiet betreffen. Dies gilt entsprechend auch für weitere im Verfahren zu erstellende Dokumente.
- Übersetzung der für die grenzüberschreitende Beteiligung relevanten Dokumente und Schriftstücke ins Polnische

- Übermittlung der UVP-Dokumentation an das polnische Umweltministerium und Durchführung der auf polnischem Gebiet durchzuführenden Schritte der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung durch die polnische Seite
- Bedarfsweise Durchführung von Informationsveranstaltungen für die polnische Öffentlichkeit
- Beteiligung bilateraler Gremien
- Durchführung eines zweisprachigen Erörterungstermins unter Einladung der polnischen Verfahrensbeteiligten sowie der im Verfahren beteiligten bilateralen Gremien
- Bedarfsweise Durchführung von Konsultationen auf Regierungsebene
- Bewertung der grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen und Berücksichtigung der Ergebnisse der grenzüberschreitenden UVP bei der Entscheidung über das Projekt auch unter Berücksichtigung von Anforderungen aus bilateralen Vereinbarungen (z.B. deutsch-polnischer Grenzgewässervertrag) sowie nachvollziehbare Dokumentation der Berücksichtigung der Ergebnisse der grenzüberschreitenden UVP
- Bedarfsweise Übermittlung zusätzlicher Informationen und etwaige Beratungen vor Durchführung des Projekts
- Bedarfsweise Festlegung von Kontrollen insbesondere zur Überwachung schwer prognostizierbarer grenzüberschreitender Umweltauswirkungen des Projekts.

III.3 Schwierigkeiten bei der Anwendung der Verfahrenskonzeption

Defizite bzw. Schwierigkeiten, die in der praktischen Anwendung der Verfahrenskonzeption aufgetreten sind, resultierten im Wesentlichen aus Folgendem:

- Die Anforderungen des deutschen und des polnischen UVP-Rechts zur grenzüberschreitenden Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung unterscheiden sich zum Teil ganz erheblich. So herrschte z.B. zwischen den beteiligten Seiten offensichtlich eine gewisse Unklarheit darüber, wie sich die Erörterungstermine zu den Konsultationen nach Art. 5 Espoo-Konvention verhalten. Die durchgeführten Erörterungstermine haben sich dabei als wirksame Möglichkeit erwiesen, bilaterale Meinungsverschiedenheiten im Vorfeld von Konsultationen aufzuklären.
- Die Stellungnahme der polnischen Seite wurde erheblich verzögert abgegeben. Gründe dafür liegen nicht nur in den Unterschieden zwischen deutschem und polnischem Verfahrensrecht, sondern auch in der Intensität und Komplexität der möglichen bzw. zu erwartenden grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen der konkreten Projekte des Praxistests.
- Es fehlten bislang weitgehend Erfahrungen mit der Durchführung der grenzüberschreitenden UVP.
- Es waren zudem Schwierigkeiten zu verzeichnen, die auch ansonsten in der UVP, die keine grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen beinhalten, auftreten (z.B. Durchführung des Scoping, Erarbeitung der Angaben zu § 6 UVPG).

III.4 Grenzgewässerkommission

Für die Zulassungsverfahren und damit auch für die UVP stellte bei den Projekten „Neißewasserüberleitung“ und „Flutung Tagebaurestloch Berzdorf“ die Beschäftigung der Grenzgewässerkommission und ihrer Arbeitsgruppen mit den Projekten eine Besonderheit dar. Dabei wurden durch die von der Kommission veranlassten Untersuchungen zwar Defizite der erarbeiteten UVP-Dokumentationen ausgeglichen. Dies hat jedoch zugleich zu Doppelarbeit geführt.

Daneben ergaben sich durch die Verfahrensweise der Grenzgewässerkommission (insbesondere nur jährliche Sitzungen) Randbedingungen, die in den Zulassungsverfahren tendenziell zu Verfahrensverzögerungen geführt haben. Allerdings kommt den Ergebnissen der Verhandlungen der Grenzgewässerkommission eine (auf den Wasserbereich beschränkte) vermittelnde bzw. ausgleichende Bedeutung zu.

Im Praxistest wurde hier deutlich, dass sowohl das deutsch-polnische Umweltschutzabkommen, das die Anwendung der Espoo-Konvention vorgibt, als auch der deutsch-polnische Grenzgewässervertrag Bestimmungen für grenzüberschreitende Verfahren enthalten, die bestimmte UVP-pflichtige Projekte betreffen, ohne dass der Vorrang einer Vorschrift offensichtlich ist. Dies berührt insbesondere auch das Verhältnis der nach § 8 Abs. 2 UVPG bzw. Art. 5 Espoo-Konvention durchzuführenden Konsultationen zu der nach Art. 7 Abs. 1 des Grenzgewässervertrages bestehenden Beratungspflicht zwischen den Parteien mit dem Ziel der Abstimmung.

III.5 Wirksamkeit der grenzüberschreitenden UVP

Die Espoo-Konvention war zwischen Deutschland und Polen in den einzelnen Verfahren während des Praxistests nur in größtmöglichem Umfang und in Übereinstimmung mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht vorläufig anzuwenden. Daran gemessen sind die Inhalte der Verfahrenskonzeption überaus erfolgreich umgesetzt worden.

Die grenzüberschreitende UVP hat dabei einen wesentlichen Beitrag für die Entscheidung über die Zulässigkeit der Projekte bezüglich der Berücksichtigung der Umweltbelange geleistet. Der besonders hervorzuhebende Beitrag der grenzüberschreitenden UVP besteht dabei vor allem in der differenzierten und geregelten Beteiligung der polnischen Seite in Verbindung mit der gezielten Ausarbeitung dafür wesentlicher Dokumente. Darüber hinaus kommt der grenzüberschreitenden UVP eine wichtige Informationsfunktion im Zusammenhang mit einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis im Grenzbereich zu.

III.6 Empfehlungen

Der durchgeführte Praxistest hatte Wirkungen über eine allgemeine Pilotanwendung hinaus, wie sie ursprünglich mit dem Forschungsvorhaben beabsichtigt war. So haben die Ergebnisse des Forschungsvorhabens unmittelbar auf die parallel geführten Verhandlungen über eine deutsch-polnische UVP-Vereinbarung Einfluss genommen. In diesem Sinne können die abschließenden Ergebnisse als fundierte Basis auch für die weiteren Verhandlungen oder die Durchführung anderer Verfahren mit grenzüberschreitender UVP verwendet werden. Hierfür ist die abschließend ausgearbeitete optimierte Verfahrenskonzeption (Teil 2 des Forschungsberichts) von

besonderer Bedeutung. Sie bildet die wesentliche Grundlage für die vom Umweltbundesamt erarbeiteten „Empfehlungen für die Durchführung der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zwischen Deutschland und Polen (Deutschland als Ursprungsstaat eines geplanten Projektes)“.

Research Project 298 13 162 ““Practical Trial on the Implementation of the UN ECE Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context”

Summary

I. Aims and structure of the research project

The research project “Practical Trial on the Implementation of the UN ECE Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context“ (No 298 13 162) was carried out on behalf of the Federal Environmental Agency by the consultant PLANUNGSGRUPPE ÖKOLOGIE + UMWELT GmbH, Hannover, in cooperation with the law firm GAßNER, GROTH, SIEDERER & COLL., Berlin, from 01.01.1999 to 31.07.2002. The Federal Environmental Agency initiated the research project in the context of the UN ECE Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context (so called „**Espoo Convention**“) and its implementation. The project was monitored by the Federal Environmental Agency in agreement with the German-Polish Working Group on Transboundary EIA.

The main goal of the research project was to develop and test a practicable procedure for transboundary participation (referred to hereinafter as **procedural concept**) as provided for by the Espoo Convention, for **German** projects which may affect **Poland**.

The procedural concept was tested by applying it to **three German authorisation procedures**. The test was scientifically evaluated and the procedural concept optimised on the basis of the knowledge gained during the practical trial.

The research project was carried out in **three steps**:

1. Development of a procedural concept
2. Application of the procedural concept
3. Improvement of the procedural concept.

The **final report** contains two parts:

Part 1: Methodology and results of the practical trial on transboundary EIA.

Part 2: Procedural concept for transboundary EIA for planned projects with Germany as the state of origin (optimised version, draft of 24.01.2002).

II. Phases of the research project

II.1 Authorisation procedures

The practical trial encompassed the authorisation procedures for the following three German projects:

- „**Reconstruction of a dike section of the river Oder in the area of the Neuzeller Niederung**“:
Developer: Environmental Agency of the federal state Brandenburg - Water Protection and Water Management Department; authorisation authority: Environmental Agency of the federal state Brandenburg – higher water authority
The planning mainly comprises the restoration of an existing dike section of the river Oder.
- „**Diversion of water from the river Neiße**“:
Developer: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH [LMBV] ; authorisation authority: Regional Council Dresden.
The project comprises the withdrawal of approximately 30 million cubic metres of water per annum from the river Neiße over a period of approximately 20 years. The water is needed to accelerate the flooding of residual pits resulting from opencast mining in the Lausatian lignite mining area and for establishing sufficient water quality in the mining lakes.
- „**Flooding of the Residual Pit in Berzdorf**“:
Developer: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH [LMBV]; authorisation authority: Regional Council Dresden.
The project comprises the flooding of the residual pit of the former opencast lignite mine in Berzdorf (south of Görlitz) mainly with water from the river Neiße over an expected period of 5 years .

A plan approval procedure pursuant to Article 31 paragraph 2 of the Federal Water Act has to be carried out for each of the three projects. As an integral part of this procedure an EIA has to be carried out. Furthermore the three projects are affected by the German-Polish Agreement on Boundary Waters.

II.2 Procedural concept

During the research project three versions of a procedural concept were worked out (May 1999, December 2000, January 2002). The concept consists of the following parts:

- Overview of the procedure
- Description of the procedural steps (essential contents of the various procedural steps and instructions as to regulations to be applied)
- Instructions for carrying out particular procedural steps
- Annex (model documents and detailed recommendations on how to perform individual procedural steps).

II.3 Practical testing of the procedural concept

The procedural concept (versions May 1999 and December 2000) was tested by applying it to the authorisation procedures for the three projects selected.

– **Progress of the trans-boundary EIA**

The progress of the trans-boundary EIA for the three projects was recorded continuously and systematically till the end of 2001 respectively the beginning of 2002. As the starting and completion dates of the authorisation procedures were outside the duration of the project, it was not possible to test the procedural concept over their entire duration.

– **Advising the parties involved**

During the implementation of the procedural concept the parties involved, particularly the authorisation authorities and the applicants, were given advice where necessary. In addition advice was given to members of the German-Polish Commission on Boundary Waters through consultations and separate documents .

II.4 Scientific analysis

During the scientific evaluation each procedure was evaluated systematically.

– **Implementation of the procedural concept in the practical trial**

The implementation of the procedural concept was evaluated on the basis of documents produced by the parties involved in the procedures, and the information obtained by attending formal meetings and in talks with the parties involved. The implementation of the elements of the procedural concept and their effectiveness was reviewed for each procedural step. Some steps were evaluated in detail (for instance the EIA documents). Apart from specific difficulties (chap. III.3.) and individual deficits concerning details of the implementation, an extensive and an in many aspects full and effective implementation of the concept's contents was achieved. Overall, the developed procedural concept was applied successfully.

– **Events**

Two meetings were organised to discuss the experience gained with the implementation of the procedural contents with the parties concerned, members of the bilateral commissions and other persons involved. The discussions took place in Potsdam in October 1999 and in Görlitz in November 2001. The results were integrated into the evaluation of the practical examples and taken into account in the implementation of the transboundary EIA and the improvement of the procedural concept.

III. Major results of the research project

III.1 Final optimisation of the procedural concept

Based on the results of the practical trial and the amended German and Polish EIA legislation the procedural concept was improved at the end of the research project (version from December 2002, part 2 of the final report).

III.2 Essential elements of the transboundary EIA

As a result of the practical trial different elements and contents of the procedure were identified as being essential elements of the transboundary EIA:

- Early notification of the Polish side about a proposed project subject to EIA
- Participation of the Polish side in the scoping meeting.
- Preparation of an EIA documentation containing information about the environmental impacts of the proposed project. The aspects with transboundary significance have to be described clearly and with the same level of detail as relevant aspects concerning the German territory. The same applies to further documents to be worked out in the course of the procedure.
- Translation of documents and papers important for the transboundary participation into Polish.
- Transmission of the EIA documentation to the Polish Environment Ministry and implementation by the Polish side of the steps which need to be taken in Poland for involving authorities and the public.
- Carrying out information meetings for the Polish public if necessary
- Consultation of bilateral commissions
- Arrangement of a date for bilingual public discussion integrating the Polish parties concerned and the bilateral commissions involved in the procedure.
- Carrying out consultations at government level if necessary
- Separate consideration of the transboundary environmental impacts and of the results of the transboundary assessment in the final decision on the proposed project, taking into account requirements resulting from bilateral agreements (for instance the German-Polish Agreement on Boundary Waters). The documentation of how transboundary impacts were taken into account has to be understandable and clear.
- If necessary transmission of additional information and carrying out additional consultations prior to execution of the project
- If necessary arrangement of monitoring procedures for transboundary environmental impacts difficult to forecast.

III.3 Difficulties during the implementation of the procedural concept

Difficulties which arose during the practical implementation of the procedural concept resulted essentially from the following:

- The requirements of German and Polish EIA legislation concerning the transboundary participation of authorities and the public in part differ significantly. For example the parties concerned were uncertain about the relation of the formal discussions prescribed by German procedural law and the consultations according to Article 5 of the Espoo Convention. The discussions held as part of the authorisation procedures have proved to be an effective possibility for resolving bilateral differences previous to consultations.
- The Polish side submitted its comments to the German side with a considerable delay. This was due not only to the differences between German and Polish procedural law but also to the intensity and complexity of the possible or

expected adverse transboundary environmental impacts of the projects concerned.

- Only little experience has been gained to date with the performance of the transboundary EIA.
- Furthermore difficulties arose as are known also in EIA not involving adverse transboundary impacts, e.g. regarding scoping and compiling the information pursuant to Article 6 of the German EIA Act).

III.4 German-Polish Commission on Boundary Waters

A particularity of the authorisation procedures and the EIA for the projects „Diversion of water from the river Neiße“ and „Flooding of the residual pit of the former opencast mine in Berzdorf“ was the involvement of the bilateral Commission on Boundary Waters and its working groups. The studies prepared at the request of the commission filled in a number of gaps in the EIA documentations, although this was associated with some duplication of effort.

Also, the commission's procedures (particularly the fact that it meets only once a year) created conditions which tended to cause delays in the authorisation procedures. However, the results of the negotiations in the commission had a mediating influence (concerning water matters) and eliminated some deficits.

In the practical trial it became clear that both the German-Polish Environmental Protection Agreement (requiring application of the Espoo Convention) and the German-Polish Agreement on Boundary Waters both contain provisions on transboundary procedures without one of them having an obvious priority. This concerns e. g. the consultations pursuant to Article 8 para. 2 of the German EIA Act and Article 5 of the Espoo Convention in relation to the obligation for consultations between the parties concerned pursuant to Article 7 para. 1 of the German-Polish Agreement on Boundary Waters.

III.5 Effectiveness of the transboundary EIA

In the authorisation procedures integrated into the practical trial the Espoo Convention had to be applied only preliminarily but as far as practicable, in accordance with the national law. Applying this standard the contents of the procedural concept were implemented very successfully.

The transboundary EIA provided played an important role for the consideration of environmental impacts in the final decision on the projects. The special contribution of the transboundary EIA was a refined and regulated participation of the Polish side in combination with a targeted elaboration of the necessary documents. Beyond this the transboundary EIA has an important informational function in the context of good cross-border relations.

III.6 Recommendations

The practical trial had effects over and beyond the general pilot application which the project was originally intended to achieve. For example the results of the project had a direct influence on the contemporaneous negotiations on a German-Polish EIA agreement. The final results of the research project can thus be used as a sound basis for the further negotiations on this agreement or for other projects involving transboundary EIA. The improved procedural concept (part 2 of the research project) also forms an important basis for the „recommendations on transboundary EIA

between Germany and Poland (Germany as state of origin of a planned project)“, which are being elaborated by the Federal Environmental Agency.